Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 29. **Sonnabend** den 29. Januar 1887. **81. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 30. Januar, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der Preis für den in der zweiten Gasanstalt der Stadt Leipzig erzeugten Koks beträgt loco Gasanstalt II:

für den Hektoliter Steinkohlen-Grobkoks . .	1 ℳ	— ₰
" " " -Kleinkoks . .	— "	75 "
" " " zerkleinerten Steinkohlen-Koks, sogenannten Meidinger-Koks	1 "	— "
" " " Braunkohlen-Koks . . .	— "	50 "
" " " Steinkohlen-Koksgrus . . .	— "	25 "

Preis des Steinkohlen-Grobkoks und vom Grus bei Abnahme größerer Posten nach Vereinbarung.

Die Marken zur Koks- und Grus-Entnahme sind gegen Baarzahlung, soweit die Vorräthe an Koks rc. reichen, im Bureau der zweiten Gasanstalt zu erhalten.

Zur größeren Bequemlichkeit des Publicums liefert die zweite Gasanstalt den Koks auch frei ins Haus Leipzig. Die Kosten hierfür betragen bei jeder Sorte 15 ₰ für den Hektoliter. Etwaige Bestellungen wolle man entweder mündlich oder durch die Post im Bureau der zweiten Gasanstalt, oder in der Rechnungs- und Cassenverwaltung der Gasanstalten, Ritterstraße 6, machen.

Auch haben wir bei dem Fuhrwerksbesitzer Herrn **Mohr**, Sidonienstraße 5, ein kleines Lager der obenbezeichneten Kokssorten errichten lassen, so daß die Entnahme auch dort geschehen kann.

Leipzig, am 28. Januar 1887.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Bekanntmachung.

Um der Koksfeuerung mehr Eingang zu verschaffen, haben wir Meidinger'sche Oefen in 5 verschiedenen Größen beschaffen lassen und haben beschlossen, diese Oefen entweder käuflich oder miethweise abzugeben.

Bei käuflicher Uebernahme stellt sich der Preis dieser Oefen, nebst vollständigem Zubehör und einschließlich der Aufstellung, je nach der Größe auf 60 bis 115 ℳ pro Stück.

Die jährliche Miethe dagegen haben wir je nach der Ofengröße auf 7 ℳ 80 ₰ bis 14 ℳ 40 ₰ festgestellt.

Auch stellen wir es in die freie Wahl der Abnehmer, die Oefen auf ein Jahr in Miethe zu nehmen und sich dann über die käufliche Uebernahme zu entscheiden, bei welcher die Hälfte des gezahlten Miethpreises in Anrechnung kommen würde.

Die Besichtigung der Oefen, welche einstweilen in der zweiten Gasanstalt untergebracht sind, kann daselbst zu jeder Tageszeit geschehen. Auch haben wir die Verwaltung der zweiten Gasanstalt angewiesen, jede gewünschte Auskunft zu ertheilen und Aufträge zur Aufstellung der Oefen anzunehmen und auszuführen.

Leipzig, am 28. Januar 1887.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.

Leipzig, den 20. Januar 1887.

Die Sparcassen-Deputation.

Nutz- und Brennholzauction.

Freitag, den 11. Februar c., sollen im Forstreviere **Connewitz** die auf der **neuen Eisenbahnlinie** in der **Nonne** aufbereiteten Hölzer, als:

I. von Vormittags 9 Uhr an

ca. 60 Eschen-, 15 Weißbuchen-, 14 Eichen-, 1 Ahorn-, 6 Rüstern-, 7 Ellern-, 3 Linden-, 2 Pappeln- **Nutzklötze** und 70 **Schirrhölzer**, sowie

II. von Vormittags 10 Uhr an

ca. 10 Rmtr. Eichen-**Brennscheite**,
" 36 Haufen **starker Abraum** und
" 15 " **hartes Schlagreisig** (Langhaufen)

unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf der **Kreuzung** der **neuen Eisenbahnlinie** mit dem **Nonnen-** und **Schleußiger Wege**, unweit des **Nödelwehres**.

Leipzig, den 28. Januar 1887.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

In unserem Gesellschaftsregister ist bei der unter Nr. 51 eingetragenen Gesellschaft

Eduard Stephan

in **Torgau**, zufolge Verfügung vom 24. Januar 1887 am 25. desselben Monats und Jahres, Folgendes eingetragen worden:

Die Gesellschaft ist durch Ausscheiden des Kaufmanns **Friedrich Carl Fischer** aufgelöst.

Der Kaufmann **Wilhelm Eduard Stephan** zu **Torgau** setzt das Geschäft unter der bisherigen Firma fort.

Vergleiche Nr. 290 des Firmen-Registers.

Dagegen ist unter Nr. 290 des Firmenregisters die Firma

Eduard Stephan

in **Torgau** und als deren Inhaber der Kaufmann **Wilhelm Eduard Stephan** in **Torgau** zufolge Verfügung vom 24. Januar 1887 am 25. desselben Monats und Jahres eingetragen worden.

Torgau, den 25. Januar 1887.

Königliches Amts-Gericht.

Das für Emilie Agnes Müller aus Rauenberg vom hiesigen Stadtrath am 30. September 1882 ausgestellte Dienstbuch Nr. 66 ist Anfang December vor. J. abhanden gekommen und im Auffindungsfalle bei uns abzuliefern.

Leipzig, am 20. Januar 1887.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. [illegible]

Nichtamtlicher Theil.

Der Stand der Wahlbewegung.

Heute, zwei Wochen nach der Auflösung des Reichstages, dürfen wir mit Fug und Recht behaupten, daß die Sache des Septennats gut steht. Der Zeitpunct für die Auflösung konnte nicht glücklicher gewählt werden. Aus dem ganzen deutschen Reiche waren Mahnungen an den Reichstag gerichtet worden, um ihn zur Annahme des Septennats zu bestimmen; aber die Opposition, bestehend aus Centrum, Deutschfreisinnigen und Intransigenten, hielt mit einer Zähigkeit an der Ablehnung des Septennats fest, wie sie bei ähnlichen Anlässen bisher noch nicht beobachtet worden ist. Die Abstimmung der zweiten Lesung ließ erkennen, daß die Mehrheit in der dritten Lesung sich noch durch intransigente Elemente, welche sich bisher der Stimmenabgabe enthalten hatten, nicht unbeträchtlich steigern werde, die Gespanntheit der äußeren Lage drängte überdies zu einer schnellen Entscheidung, also wäre Zögern gleichbedeutend mit Verschleppung derselben gewesen. Die Auflösung erfolgte in dem Augenblicke, als die Gewißheit darüber vorhanden war, daß der versammelte Reichstag das Septennat ablehnen werde. Natürlich hätte der Aufschub der Maßregel im Interesse der Oppositionsparteien gelegen, und Windthorst stellte deshalb bei der Etatsberathung im preußischen Abgeordnetenhause die Frage, warum die verbündeten Regierungen nicht die dritte Lesung der Militairvorlage abgewartet hätten, man hätte ja gar nicht wissen können, was dann geschehen wäre. Aber die nachfolgenden Ereignisse haben gezeigt, wie richtig die verbündeten Regierungen gerechnet haben.

Als erster Hauptschlag gegen die Opposition wurde sogleich nach der Auflösung des Reichstages das Wahlbündniß der Conservativen mit den Nationalliberalen verkündet, durch welches die Wahl von Septennats-Anhängern in allen Wahlbezirken gesichert wird, wo beide Parteien zusammen die Mehrheit bilden. Von Seiten der Opposition ist Alles gethan worden, um den kaum geschlossenen Vertrag wieder in Frage zu stellen, die Freisinnigen erfanden die Bezeichnung „Mischmaschpartei", um das Bündniß in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, sie sprachen von Verrath der liberalen Sache, aber sie drangen mit ihren Anklagen und Verdächtigungen nicht durch, die Triebfeder ihrer Handlungsweise lag zu klar zu Tage, als daß ein Zweifel daran möglich gewesen wäre. Natürlich wurde dadurch das Bündniß zwischen Freisinnigen und Centrum nur um so fester, und es bestand bereits stillschweigendes Einverständniß darüber, daß die Bundesgenossenschaft auch auf die Socialdemokraten auszudehnen sei, als plötzlich etwas Neues und Unerwartetes geschah, wodurch die Hoffnungen der freisinnig-ultramontanen Opposition noch weiter herabgestimmt worden sind.

Es ist offenkundig, daß der Papst mit der Haltung des Centrums in der Septennatsfrage nicht einverstanden ist, und wenn er natürlich auch in die Wahlbewegung im deutschen Reiche nicht direct eingreifen wird, so steht doch schon heute fest, daß er seine Meinung über die Haltung der Centrumspartei in der gegenwärtigen Lage privatim und schriftlich klar und deutlich geäußert hat. Es liegen in dieser Beziehung drei Zeugnisse vor: die Erklärung des Reichskanzlers in der Sitzung des preuß. Abgeordnetenhauses vom 21. Januar, die Meldung der Münchner „Neuesten Nachrichten" und eine bestätigende Meldung des römischen Correspondenten der „Kölnischen Zeitung". Die letztere besagt, daß der Papst sich einem hervorragenden Mitgliede der Centrumspartei gegenüber in dem Sinne geäußert habe, daß er den Widerstand, welchen das Centrum der Regierung in der Septennatsfrage mache, nicht billige. Diesen Zeugnissen gegenüber können gegentheilige Mittheilungen der „Germania" und der „Frankfurter Zeitung" keinen Werth beanspruchen, schon das Zeugniß des Reichskanzlers allein wiegt die Versuche auf, den Sachverhalt zu verdunkeln.

Daß den Gegnern des Septennats unter diesen Umständen der Muth sinkt, ist nicht zu verwundern; denn wenn die Kundgebung des Papstes, wie nicht anders zu erwarten, ihre Wirkung thut, dann bekommt das deutschfreisinnig-ultramontane Wahlbündniß einen Riß, der nicht zu heilen ist, und die Socialdemokraten werden für die Centrumspartei aus Wahlverbündeten zu Gegnern, mit welchen jede Gemeinschaft unmöglich ist. Es ist noch nicht lange her, daß der Abgeordnete v. Schorlemer-Alst im Parlament verkündete, es werde der Regierung und den sie unterstützenden Parteien nicht gelingen, Windthorst vom Centrum zu trennen. Das mag richtig sein, aber der Führer des Centrums hat wohl damals kaum gedacht, daß ein Schritt in Aussicht stehe, welcher die ganze Partei in ihre Bestandtheile aufzulösen geeignet ist.

Windthorst und v. Schorlemer mögen auch fernerhin fest zusammenstehen, aber sie werden eines Tages keine Partei mehr hinter sich haben. Die Anzeichen einer veränderten Lage, die doch so klar erkennbar seit längerer Zeit hervorgetreten sind, haben bei ihnen die erforderliche Beachtung nicht gefunden; sie haben es unbeachtet gelassen, daß die neuernannten Bischöfe den Gehorsam gegen die staatliche Obrigkeit nicht minder betonten bei Uebernahme ihres Amts als den Gehorsam gegen den Papst; sie konnten sich immer noch nicht losmachen von der Vorstellung, daß die Forderungen der Kirche an den Staat bis ins Ungemessene fortgesetzt werden müßten, und daß der Papst stillschweigend Alles billigen werde, was in diesem Sinne geschähe. Sie haben es nicht für möglich gehalten, daß ein Ausgleich zwischen den beiden Machtkreisen gefunden werden könne, bevor nicht die unbedingte Unterwerfung des Staates unter die Kirche erreicht sei. Leo XIII. ist aber nicht blos Kirchenfürst, er ist auch ein Politiker, der seine Zeit versteht und nicht Ziele anstrebt, die unerreichbar sind. Der Preis, um welchen der Ausgleich erlangt wurde, ist für das deutsche Reich hoch genug, aber die Bedingungen, unter welchen er erzielt wurde, erscheinen den leitenden Staatsmännern, Bismarck und Goßler, noch erfüllbar, sonst würden sie nicht soviel zugestanden haben, als geschehen ist. Außerdem sind die Verhandlungen ja noch nicht abgeschlossen, und es kommt darauf an, daß die Kirche die ihr eingeräumten Rechte nicht zum Schaden des Staates mißbraucht. An maßgebender Stelle hegt man offenbar die Hoffnung, daß dies nicht geschehen wird, sonst wären wir nicht auf dem Puncte, wo wir stehen.

Jedenfalls ist das gute Einvernehmen zwischen Papst und Kaiser, zwischen dem Vatican und der preußischen Regierung gegenwärtig ein solches, welches zu beiderseitigem Vertrauen berechtigt, und gerade dieses ist der Bethätigung der Bestrebungen der Centrumspartei außerordentlich hinderlich. Es kommt jetzt darauf an, welcher Art die päpstliche Meinungsäußerung ist, deren Veröffentlichung bevorsteht, aber man darf schon jetzt überzeugt sein, daß sie deutlich genug ist, um auf die große Masse der katholischen Wähler zu wirken, sonst würde der Reichskanzler in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 21. Januar nicht so zuversichtlich aufgetreten sein.

Endlich ist die Wiederbetheiligung Bennigsen's und Miquel's am politischen Leben und ihre Bereiterklärung, ein Mandat zum neuen Reichstage zu übernehmen, ein Ereigniß von nicht zu unterschätzender Bedeutung, die nationalliberale Fraction wird dadurch an innerer Kraft und Anziehungsfähigkeit gewinnen, es wird sich mancher ehemaliger Parteigenosse der in den Bereich des Parteilebens zurückgekehrten Führer an die Zeit erinnern, in welcher er noch einträchtig mit ihnen zusammenwirkte an der Erfüllung der Reichsaufgabe. Die Gründung der deutschfreisinnigen Partei durch Verschmelzung der Fortschrittspartei mit der Liberalen Vereinigung (Secessionisten) ist ohne Mitwirkung von Bennigsen und Miquel erfolgt, und es ist unzweifelhaft, daß ihnen diese Radicalisirung der liberalen Parteibestrebungen, wie sie das deutschfreisinnige Programm enthält, nicht wünschenswerth erscheinen kann. Das Programm vom 6. März 1884 ist sicher nicht für die Ewigkeit oder auch nur für längere Dauer vereinbart, es hat die Probe auf seine Dauerhaftigkeit bisher noch nicht abgelegt, und der 21. Februar kann leicht das Ende der deutschfreisinnigen Partei herbeiführen.

Leipzig, 29. Januar 1887.

* Der Vortrag, welchen kürzlich Fürst Bismarck dem Kaiser hielt, währte über anderthalb Stunden. Es heißt, es hätte sich dabei um einen Aufruf bezüglich der Neuwahlen gehandelt, dessen Erscheinen in Kurzem zu erwarten sei. Wie weit dies richtig ist, wird sich bald zeigen.

* Zu den deutsch-französischen Beziehungen schreiben die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten":

Nachdem man mehrere Tage hindurch darauf gewartet hat, daß von autoritativer französischer Seite eine Erklärung über die auffälligen Maßnahmen von Betten zu Barackenbauten ergehen sollte, melden neuerdings Pariser Telegramme, daß dortige Fachorgane, denen officiöse Beziehungen nachgerühmt werden, kein Hehl aus Vorgängen machen, die ihrer Natur nach so überaus nicht geheim zu halten sind. Wir nehmen von diesem Zugeständniß als einem Zeugnisse Act, daß die bezüglichen Hinweise der diesseitigen Blätter, die von den Gegnern zuerst als lediglich Erfindungen der Reptilienpresse zu verschreien versucht wurden, thatsächlich voll berechtigt und am Platze gewesen sind. Dieserungeachtet darf man versichern, daß die neuliche Sensationsnachricht der „Daily News", betreffend eine angeblich nach Paris gelangende deutsche Anfrage, Erfindung gewesen ist und bleiben wird. Denn wie an sehr bemerkenswerther Stelle gesagt worden ist, bedürfen derartige Maßregeln keiner weiteren Erklärung, da, ihre Thatsächlichkeit vorausgesetzt, das vom deutschen Standpuncte aus angezeigte Verfahren sicherlich nicht im Nachsuchen von Erklärungen, sondern in der ungesäumten Anordnung entsprechender Gegenmaßregeln bestehen müßte. Wir wollen übrigens nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit das Verfahren unserer Oppositionsblätter niedriger zu hängen, welche die ernsten, jenseits der Grenze wahrnehmbaren Symptome geflissentlich ignoriren, unter gleichzeitiger Zurschautragung einer unglaublichen Vertrauensseligkeit betreffs der momentan friedfertigen Allüren der Pariser Presse. Die gegenwärtige Verständnißinnigkeit ist eine so weitgehende, daß man auf eine an das Kindliche grenzende Naivetät der ultramontan-deutschfreisinnigen Journalistik schließen möchte, wäre es nicht notorisch, daß sie im Dienste von Parteien arbeitet, denen ihr Sonderinteresse mehr am Herzen liegt als die Sicherheit und Wehrhaftigkeit des deutschen Vaterlandes.

* Aus Bromberg wird der „Nationalzeitung" geschrieben: „Wie sehr die deutschfreisinnigen Parteiführer die Fühlung mit ihren Parteigenossen im Lande verloren haben, zeigen die Vorgänge in Danzig und Königsberg. Noch deutlicher macht sich die Mißstimmung gegen Herrn Richter in Bromberg geltend. Hier haben die Deutschfreisinnigen vor einigen Tagen beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Candidaten abzusehen und im Interesse der Einigung aller deutschen Wähler gegenüber Polen und Ultramontanen dem freiconservativen Regierungs-Präsidenten v. Tiedemann ihre Stimme zu geben, falls dieser von conservativer Seite aufgestellt werde. Deutschfreisinnige wollen einen Freiconservativen wählen und noch dazu einen Regierungs-Präsidenten. Unzweideutiger kann doch wohl kaum die Absage an die Parteileitung ausgedrückt werden. Herr v. Tiedemann soll aber mit Rücksicht auf das Wahlcartell der drei Septennatsparteien es abgelehnt haben, statt des bisherigen Vertreters, des deutschconservativen Ober-Verwaltungsgerichtsraths Hahn zu candidiren."

* * *

* Dr. Schmeykal hat Namens der bisherigen deutschen Abgeordneten des Böhmischen Landtages den nachstehenden Aufruf erlassen:

„An das deutsche Volk in Böhmen!

Durch Beschluß des Böhmischen Landtages vom heutigen Tage wurden eure Abgeordneten für ausgetreten erklärt und hiermit ihrer von euch empfangenen Mandate entkleidet. Euch selbst soll es überlassen sein, die Motive der sittlichen Gültigkeit dieses Vorganges zu untersuchen und dessen Einklang mit dem Gesetze und dem bestehenden Brauche zu prüfen. Wir aber bezeugen es mit Genugthuung, daß euch nun Gelegenheit gegeben sein soll, eure in Hunderten von Resolutionen ertheilte Billigung zu unserem Austritte durch euer Verhalten bei den kommenden Neuwahlen und durch deren Ergebniß zu erhärten. An eure Entscheidung allein, an eure Standhaftigkeit und Einigkeit ist die Wahrung und Gestaltung eurer Rechte und Geschicke in Böhmen verwiesen. Liefert den Beweis, daß das nationale Bewußtsein, von welchem ihr durchdrungen seid, nicht auf dunklen Gefühlen, sondern auf dem vollen und klaren Verständnisse eurer Lage, eurer Rechte und Bedürfnisse beruht. Harrt aus in Treue, unterscheidet zwischen den Worten und Thaten der Versöhnung und bleibt unbeirrt durch die Verlockungen und Drohungen, welche vielgestaltig an euch herantreten werden. Handelt also, daß ihr von dem Spruche der Geschichte nicht zu klein, sondern werth befunden werdet eures Antheiles an dem großen deutschen Volksthume. Im Auftrage eurer bisherigen Abgeordneten Dr. Schmeykal."

* In Oesterreich ist dieser Tage die Ausführungsverordnung zum Landsturmgesetz publicirt worden. Die amtliche „Wiener Zeitung" kündigt nun an, daß die Besetzung der Officiersstellen im Landsturm bereits im Februar erfolgen solle, und daß sonach die betreffenden Bewerbungen unverweilt geschehen müßten.

* Die Neubewaffnung der rumänischen Fußtruppen mit dem Repetirgewehr soll noch in diesem Jahre vorgenommen werden. Wie gemeldet wird, sind in Bukarest Vertreter der Gewehrfabrik Werndl und des Ingenieurs Mannlicher eingetroffen, um der Regierung Mannlicher-Repetirgewehre anzubieten. Mehrere Schießproben sind bereits abgehalten worden. Ob das Ergebniß ein befriedigendes war, ist noch unbestimmt, da der Kriegsminister auch mit anderen Gewehrsystemen Proben vornimmt.

* Ueber die Aufnahme, welche das Zankow'sche Programm zur Regelung der bulgarischen Frage bei der Pforte gefunden, gehen die Meldungen auseinander. Eine Sofiaer Depesche der Agentur Trapesiza meldete, Zankow sei mit seinen Vorschlägen bei der Pforte gescheitert, andererseits theilt ein Konstantinopeler Brief der „Politischen Correspondenz" mit, die Pforte betrachte das Memorandum als ein Substrat für ihre Verhandlungen mit der bulgarischen Deputation, welche Sonnabend, den 29. d., ihren Beginn nehmen sollen. Man will übrigens wissen, daß die bulgarischen Delegirten sofort nach ihrem Eintreffen gleichfalls zur Abfassung eines Schriftstücks zum Zwecke der Formulirung ihrer Anträge aufgefordert werden dürften. — Das „Journal de St. Pétersbourg" schreibt in der gleichen Angelegenheit:

„Man erwartet in Konstantinopel die Ankunft der bulgarischen Deputation. Es ist die letzte Etappe dieser Pilgerfahrt. Es ist zugleich der Augenblick, daraus die positiven Resultate zu ziehen.

Nach Allem, was darüber gesagt worden ist, sind diese Resultate nicht dazu angethan, die Hoffnungen der bulgarischen Dictatoren zu ermuntern.

Selbst in London, wo ihnen der freundlichste Empfang zu Theil wurde, haben die Delegirten den Rath hören müssen, nichts zu [illegible] und zu riskiren und von der Zeit die Realisirung ihrer Wünsche zu erwarten. In Italien, wo sie auf Worte der Ermuthigung rechnen zu können glaubten, haben sie nur den weisen Rath empfangen, im Einverständniß mit Rußland einem Zustand der Unruhe, welcher Europa erschüttert und dazu angethan war, auf die Dauer die Sympathie Europas den Bulgaren zu entfremden, ein Ende zu bereiten. In Berlin und Paris waren die ihnen ertheilten Rathschläge noch viel kategorischer.

Es ist daher alle Ursache zur Annahme vorhanden, daß die Delegirten bei ihrem Eintreffen in Konstantinopel genügend ernüchtert sein werden und daß, wenn die Sprache der Pforte als souveraine und neutrale Macht in demselben Sinne gehalten sein wird und wenn, wie wir Ursache zu glauben haben, diese Sprache durch diejenige der Vertreter Europas Unterstützung finden wird, die Delegirten sich bitten werden, in Folge versöhnender und fester Erklärungen die Wiederherstellung einer legalen Situation durch Abdankung der Regenten und Bildung einer Regierung, welche von Rußland anerkannt werden könnte und mit welcher es für Rußland möglich wäre, die Beziehungen wieder anzuknüpfen, in Sofia herbeizuführen.

Wenn wir gut unterrichtet sind, so sind die Bemühungen zur Bildung dieser Kreise von der Mehrzahl der Regierungen, welche die Aufrechthaltung des Friedens wünschen, günstig aufgenommen worden.

Die Anwesenheit des Herrn Zankow in Konstantinopel wird die Verhandlungen zur Herbeiführung einer Annäherung der Parteien natürlich erleichtern. Das Uebrige wäre eine Frage der Zeit. Das Wesentliche ist, sich einer legalen Situation gegenüber zu befinden. Das war von Anbeginn das Ziel der Forderungen der russischen Regierung, welche sich beglückwünschen kann, daß ihre Mäßigung und Geschicklichkeit einen Accord auf diesem Terrain herbeigeführt hat.

Eine Einigung bezüglich der Wahl eines Fürsten, des Modus und der Bedingungen der Wahl sowie der Candidatur, welche die russische Regierung den Forderungen der Lage für die entsprechende hält, wird natürlicher Weise folgen. Es ist Grund zur Hoffnung vorhanden, daß das von dem kaiserlichen Cabinet vorgeschlagene und stets aufrecht erhaltene Programm schließlich die allgemeine Zustimmung sowohl in Bulgarien als anderswo finden wird.

Jedenfalls wird Rußland in der gegenwärtigen günstigsten Phase der Krise seine feste und beharrliche Politik, welche es von Anfang an adoptirt und während der ganzen Zeit der Unruhe beibehalten hatte, nicht aufgeben.

Diejenigen, welche die Verlängerung dieser Unruhen wünschen, lassen übrigens nicht den Muth sinken. So hat das letzte Ministerwort [illegible] offenbar den Zweck, die Beunruhigungen und Zweifel der öffentlichen Meinung zu nähren. Wir haben nicht nöthig, hinzuzufügen, daß diese tendenziösen Behauptungen über die Absichten und Ansichten der Pforte und Rußlands völlig falsch sind."

* Alle aus Brüssel vorliegenden Nachrichten bekunden übereinstimmend, daß Belgien umfassende Rüstungen betreibt, um auf alle kriegerischen Eventualitäten, deren Eintritt jetzt näher gerückt scheint, als es jemals in den letzten sechzehn Jahren der Fall gewesen, vorbereitet zu sein. Der Kammer gegenüber befleißigt sich das Ministerium zwar strengster Zurückhaltung, desto eifrigere Geschäftsthätigkeit herrscht aber im Ressort der Militairverwaltung. Es ist die Rede davon, stärkere Cavallerie-Abtheilungen längs der Süd- und Ostgrenze des Landes zu echelonniren. Zum Commandirenden dieser Streitkräfte ist schon jetzt der General-Lieutenant Mabille designirt. Seine Aufgabe würde in Organisirung ausgedehnter Recognoscirungen an der Grenze bestehen. Zu diesem Behufe werden ihm zwei mit dem neuen Gewehr bewaffnete Guidenregimenter und zwei Regimenter berittener Jäger, sowie einige Escadrons Lanzenreiter unterstellt. Dazu treten die nöthigen Batterien reitender Artillerie, ausgerüstet mit den Schnelllaffeten neuesten Modells. Nach den ertheilten Instructionen kann die Cavallerie dieses Recognoscirungscorps binnen zwei Tagen, die Artillerie binnen vier Tagen mobilisirt werden. Was den Stand der militairischen Gesetzgebung betrifft, so ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, welcher eine Neuregelung des Requisitionswesens für operirende Armeen, sowohl in Friedens- als in Kriegszeiten bezweckt. Zugleich mehren sich die Symptome zu Gunsten der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Belgien. Ein neuer Entwurf des Generals Baron Vandersmissen setzt nachstehende Eintheilung fest: Feldarmee vier Divisionen einschließlich der sieben letzten Classen der Miliz und der Freiwilligen; Reservearmee, gebildet aus den Ersatzbataillonen der Regimenter und der Milizclassen 8, 9 und 10. Die nächstfolgenden Classen 11, 12 und 13 würden die Ersatzreserve zu 20 Bataillonen bilden. In Kriegszeiten gelangen alle diensttüchtigen Mannschaften ohne Unterschied ihres Familienstandes zur Einreihung. Die freigeloosten Mannschaften, die 50 Fres. und darüber an Personalsteuern zahlen, sollen eine Wehrsteuer erlegen, welche gleich ist dem

SLUB
Wir führen Wissen.